

Landeshauptstadt



Hannover



An den Stadtbezirksrat Ricklingen (zur Kenntnis)

	Antwort
Nr.	15-0114/2021 F1
Anzahl der Anlagen	0
Zu TOP	6.1.3.

Antwort der Verwaltung auf die Anfrage Fernsehberichterstattung „Brennpunkt Mühlenberg“ Sitzung des Stadtbezirksrates Ricklingen am 11.02.2021 TOP 6.1.3.

Am 21. Dezember 2020 wurde auf ZDFinfo die Dokumentation „Brennpunkt Deutschland: Hannover Mühlenberg“ ausgestrahlt, die noch bis zum 14.01.2023 in der ZDF-Mediathek abrufbar ist.

<https://www.zdf.de/dokumentation/zdinfo-doku/brennpunkt-deutschland--hannover-muehlenberg-100.html>

Die Sendung zeichnet ein sehr einseitiges, stigmatisierendes und unserer Meinung nach dem Mühlenberg nicht gerecht werdendes Bild von der Lebenssituation im Stadtteil. Positive Entwicklungen, städtisches und bürgerschaftliches Engagement werden fast vollständig ausgeblendet.

Der Verwaltung war die Absicht des Drehteams, eine Dokumentation über den Mühlenberg erstellen zu wollen, frühzeitig vom Sender angezeigt worden.

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. War der Verwaltung Art und Zielsetzung der Berichterstattung vorher bekannt, bzw. was versprach sich die Verwaltung selbst von der Sendung?
2. Wie beurteilt die Verwaltung daraufhin die gesendete Fassung?
3. Wie wird die Verwaltung reagieren (z.B. Schreiben des Oberbürgermeisters an den Sender, Einforderung eines weiteren Berichts etc.)

Antwort

Frage 1:

Über die Pressestelle der LHH gab es am 28.9.2020 die Anfrage einer freien Redakteurin zur Unterstützung durch die Stadt bei der Umsetzung einer Dokumentation zum Mühlenberg für den Sender ZDF-Info, im Rahmen einer „mehnteiligen Reihe über "benachteiligte" Viertel in Deutschland“. Es wurde mitgeteilt, dass unter verschiedenen Gesichtspunkten wie z.B.: Migration, Armut, Kinder/Jugendliche und auch die aktuelle Corona-Lage der Stadtteil Mühlenberg in Hannover in den Fokus genommen werden sollte, mit der Frage, wie er zum "Brennpunkt" geworden ist. Als Unterstützung seitens der Stadt wurden Kontakte zu Kindern und Jugendlichen gewünscht und zu Menschen, die mit ihnen arbeiten, um ein möglichst authentisches Bild im Film zeigen zu können. Dazu gab es seitens der Redakteurin den Wunsch eine städtische Kindertagesstätte zu besuchen und städtische Mitarbeiter*innen ein bis zwei Tage in Ihrem Alltag zu begleiten, um darüber in Kontakt mit den Menschen vor Ort zu kommen.

In Abstimmung mit dem zuständigen Dezernat wurde die Mitwirkung der LHH bei einer Dokumentation dieser Art abgelehnt, da grundsätzlich verwaltungsseitig keine Kontakte zu Kindern, Jugendlichen, Familien oder anderen Personengruppen vermittelt werden. Die Leiterin der Kita hätte für ein Interview zur Verfügung gestanden, allerdings wurden, anders als üblich, der Bitte, Fragen und Themenschwerpunkte im Vorfeld mitzuteilen, nicht entsprochen. Da das Gespräch vor laufender Kamera in der Kita erfolgen sollte, wurde dem Interviewwunsch nicht entsprochen.

Alternativ wurde der Redakteurin telefonisch das Angebot unterbreitet, gelungene Projekte und Maßnahmen von Stadt und Trägern im Mühlenberg in der Dokumentation darzustellen, die das Miteinander der vielen Nationen im Stadtteil fördern, und über das hohe Engagement der Bewohner*innen in Vereinen, Verbänden und Initiativen sich für ihren Stadtteil einzusetzen. Dieses Angebot traf nicht auf das Interesse der Redakteurin, woraufhin sie Ihre Anfrage an die Stadtverwaltung zurückzog.

Zur weiteren Entstehung der Dokumentation liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

Frage 2:

Es ist legitim, dass Medien soziale Problemlagen journalistisch auch einseitig thematisieren.

Der Beitrag erschöpft sich wie in vergleichbaren Formaten üblich in der Darstellung sozialer Problemlagen. Ebenfalls wird nicht dargestellt, mit welchen Angeboten, Maßnahmen und infrastrukturellen Projekten der Manifestierung der Problemlagen und der Stigmatisierung des Stadtteils entgegenwirkt wird. Es fehlen Ausblicke, die die Vielfalt der Unterstützungsangebote abbilden und auch das Entwicklungspotential des Stadtteils wird vernachlässigt.

Zusammenfassend teilt die Verwaltung die in dem Antrag formulierte Auffassung, dass die gesendete Dokumentation ein recht einseitiges Bild des Stadtteils vermittelt hat.

Frage 3:

Eine Reaktion der Verwaltung ist nicht angezeigt, denn der ZDF-Beitrag ist trotz der aus unserer Sicht benannten Defizite presserechtlich in keiner Form zu beanstanden.

*Die Möglichkeiten und die Absicht der Einflussnahme auf die Arbeit von Redakteur*innen und Journalist*innen bei der Erstellung von Filmen, Dokumentationen oder Berichten seitens der Stadtverwaltung sind nicht nur begrenzt, sondern auch nicht angezeigt. Die Pressefreiheit ist und bleibt ein hohes Gut. Wir akzeptieren, dass der journalistische Blick, wie in diesem Fall, nicht dem der Verwaltung entspricht.*

*Seitens der Verwaltung wird anfragenden Journalist*innen ein hohes Maß an Unterstützung und Begleitung angeboten. Seitens der anfragenden Journalist*innen geht es in der Regel aber nicht um vertiefende Informationen, sondern um die Vermittlung von Kontakten.*

Dez. III
Hannover / 01.02.2021